

Gerhard Stoltenberg:

Schleswig-Holstein darf nicht rot-grün werden

Die Wahl am 13. September 1987 stellt die Wähler in Schleswig-Holstein vor eine Entscheidung von besonderer Tragweite. Entweder geht Schleswig-Holstein unter Führung der CDU mit Ministerpräsident Uwe Barschel an der Spitze einer guten Zukunft entgegen oder aber unser Land wird der Experimentiersucht und Unberechenbarkeit rot-grüner Politiker ausgesetzt werden. Wie lähmend sich Rot-Grün auf die Politik auswirken und welche schlimmen Folgen dies für unser Land zeitigen würde, haben Hessen und Hamburg mit aller Deutlichkeit gezeigt.

Schleswig-Holstein hat in den vergangenen Jahren im Vergleich der Bundesländer seine Position in wichtigen wirtschaftlichen und sozialen Daten erheblich verbessern können. Ein Beispiel ist die Beschäftigungslage. Durch eine konsequente und ideenreiche Arbeitsmarkt-, Mittelstandsförderungs- und Ansiedlungspolitik ist es mit flankierenden Maßnahmen zur Bundespolitik gelungen, den Zuwachs der Arbeitslosigkeit zu stoppen. Schleswig-Holstein hat schon seit geraumer Zeit die geringste Arbeitslosenquote unter den norddeutschen Ländern. In allen vier sozialdemokratisch regierten Bundesländern ist die Arbeitslosigkeit heute höher als bei uns. Bei der Versorgung Jugendlicher mit Ausbildungsplätzen nimmt Schleswig-Holstein seit Jahren den ersten Platz unter allen Bundesländern ein. Diese und weitere Erfolge werden von der Mehrheit

HEUTE AKTUELL

- **BUNDESPARTEI**
Neues Organisationsmodell soll die Schlagkraft der CDU-Verbände noch verbessern. Seite 3
- **KONJUNKTUR**
Alle Indikatoren bestätigen es: Die Konjunktur ist wieder auf Wachstumskurs. Seite 7
- **UMWELTSCHUTZ**
Klaus Töpfer zog Bilanz: Wir sind ein gutes Stück vorangekommen. Seite 9
- **MITTELSTAND**
Der neue Bundesvorsitzende Elmar Pieroth umriß vor der Presse in Bonn Ziele und Aufgaben der Vereinigung. Seite 13
- **FLUGBLATT**
Wie die Grünen unsere Kinder mißbrauchen wollen. Seite 23
- **DOKUMENTATION**
Die Auswirkungen der geplanten Steuerreform 1988/90 auf Städte, Gemeinden und Kreise. Grüner Teil

unserer Bürger anerkannt. Dabei verkennen wir keineswegs die ungelösten Probleme, etwa die berechtigten Sorgen in der Landwirtschaft, im Schiffbau oder in der Bauwirtschaft.

Die SPD Schleswig-Holsteins gibt sich unter ihrem Spitzenkandidaten Engholm gemäßiger als bei früheren Wahlen. Doch lassen wir uns nicht täuschen: Es sind wahltaktische Gründe für dieses Verhalten ausschlaggebend. Viele Äußerungen Engholms und des SPD-Landesvorsitzenden Jansen belegen, daß die SPD die Gelegenheit nutzen würde, ein parlamentarisches Bündnis mit den Grünen einzugehen. Die „eigenständige Mehrheit“ der SPD, von der Engholm spricht, seit die hessischen Wähler im April dieses Jahres die rot-grüne Ära per Stimmzettel beendeten, ist in Schleswig-Holstein ebensowenig erreichbar wie es das Wahlziel von Johannes Rau bei der letzten Bundestagswahl war.

Die Grünen sind in diesem Jahr stärker als 1983. Daran dürfte auch das vor wenigen Tagen vorgelegte Programm zur Landtagswahl nichts ändern. Es kennzeichnet diese Partei, wenn sie beispielsweise eine ersatzlose Streichung des § 218

fordert oder sich für Straffreiheit bei sexuellen Beziehungen mit Minderjährigen ausspricht. Die Risiken eines rot-grünen Bündnisses sind deshalb gewaltig. Die FDP will mit ihrer Koalitionsaussage zugunsten der CDU zurück in den Landtag. Alles spricht dafür, daß sie dieses Ziel aus eigener Kraft erreichen wird. Demgegenüber hat die Unabhängige Wählergemeinschaft Schleswig-Holstein nicht die geringste Chance, in den Landtag einzuziehen. Stimmen für die UWSH sind deshalb verlorene Stimmen. Es sind Stimmen, die Rot-Grün zur Mehrheit verhelfen könnten.

Wahlen in Schleswig-Holstein waren in der Vergangenheit häufig durch einen sehr knappen Ausgang gekennzeichnet. Es gilt deshalb, in den wenigen Tagen bis zur Wahl mit allem Nachdruck für unsere Politik zu werben und Überzeugungsarbeit zu leisten. Der Entscheidung des Wählers können wir dann mit Zuversicht entgegensehen. Wir haben gute Aussichten, ein Wahlergebnis zu erreichen, das es uns erlaubt, auch über den 13. September 1987 hinaus Regierungsverantwortung für unser schönes Schleswig-Holstein zu tragen.

13,5 Milliarden für 400 Ortsumgehungen

Zur Verbesserung der Verkehrssicherheit will die Bundesregierung in den nächsten Jahren rund 400 Ortsumgehungen mit einem Gesamtaufwand von 13,5 Milliarden Mark bauen. Wie der Parlamentarische Staatssekretär im Bundesverkehrsministerium, Dieter Schulte, mitteilte, sollen bis 1990 rund 140 dieser Ortsumgehungen für etwa fünf Milliarden Mark fertiggestellt werden.

Existenzgründungen werden gefördert

Die Bundesregierung hat die Förderung der Gründung selbständiger Existenzen in den vergangenen Jahren erheblich verstärkt. Allein in der Zeit von 1983 bis 1986 sind mit Förderung des Bundes rd. 65 000 neue Unternehmen gegründet worden, die im Schnitt fünf Arbeitskräfte beschäftigen. Dadurch wurden rd. 325 000 Arbeitsplätze gesichert oder neu geschaffen.

Neues Organisationsmodell soll die Schlagkraft verbessern

Organisationsfragen der Partei werden einer der Schwerpunkte auf dem Parteitag der Christlich Demokratischen Union im Frühjahr oder Sommer 1988 sein. Zur Vorbereitung dieser Diskussion hat der Bundesvorstand der CDU eine elfköpfige Organisationskommission unter Leitung von CDU-Generalsekretär Heiner Geißler (Stellvertreter: Peter Radunski) eingesetzt. Sie soll eine umfassende Bestandsaufnahme der Organisationsstruktur der CDU vornehmen und das Konzept für die künftigen Aufgaben der Partei sowie ihre Finanzierung auf allen Organisationsstufen erarbeiten. Die Ergebnisse dieser Kommission sollen bis zum Frühjahr 1988 dem Bundesvorstand vorliegen, so daß entsprechende Anträge vom Bundesvorstand dem Bundesparteitag vorgelegt werden können.

Dazu erklärte Bundesgeschäftsführer Peter Radunski in Bonn vor der Presse: Die Kommission hat ihre Arbeit am 16. Juni 1987 aufgenommen und eine umfassende Bestandsaufnahme der gegenwärtigen organisatorischen Situation in den Landes-, Bezirks- und Kreisverbänden der CDU eingeleitet. Gemeinsam mit Landes-, Bezirks-, Kreis- und Vereinigungsgeschäftsführern der CDU wurde ein umfassender Fragebogen erarbeitet, der in allen Gliederungen und in Gesprächen mit den Hauptamtlichen der Partei beantwortet werden soll. Dieser über 40 Seiten umfassende Fragenkatalog wird die intensivste Durchleuchtung und Untersuchung der CDU-Organisation in ihrer Geschichte sein und praktisch über alle Organisationsfragen der Partei Aus-

kunft geben. Die CDU wird damit ein Röntgenbild ihrer Organisation erhalten, das die Grundlage für die Entwicklung eines neuen Organisationsmodells der Partei bilden soll.

Ziel dieses Organisationsmodells soll es sein, die Politik der CDU als moderne Volkspartei der Mitte bürgernah umzusetzen, eine moderne Kommunikationsstruktur im Medienzeitalter zu entwickeln und die Parteiadministration mit zeitgemäßen Organisationsmethoden zu bewältigen.

Neu überdacht sollen im wesentlichen drei Fragen werden:

1. Die Serviceleistungen auf den verschiedenen Ebenen der Partei. (Wer macht was auf welcher Ebene?)
2. Die Aufgabenstellung der hauptamtlichen Mitarbeiter in der CDU, insbesondere der Kreisgeschäftsführer, die für die lokale Parteiorganisation verantwortlich sind.
3. Die Finanzierung auf den verschiedenen Ebenen der Partei.

Die Weiterentwicklung der CDU-Organisation soll die technische Ausstattung für moderne Kommunikation und Administration ebenso zum Inhalt haben wie die Einführung neuer Aktionsformen in den Kreis- und Ortsverbänden. Gegenstand der Organisationsdiskussion wird auch die Weiterentwicklung einer modernen Wahlkampfführung sein, die insbesondere die Erfahrungen des langen Bundestagswahlkampfes von Ende 1985 bis Januar 1987 auswertet.

Untersucht werden auch die Arbeitsbedingungen, die Aufgabenstellung und die Situation der rund 900 hauptamtlichen

Zitat

„Von einem Linksruck in der CDU kann keine Rede sein, der Union geht es vielmehr darum, die Wähler unter 45 Jahren, die sich in der Mehrzahl von ihr abgewendet haben, wieder zurückzugewinnen.“
(Bundesgeschäftsführer Peter Radunski, Lübecker Nachrichten, 13. August 1987)

Mitarbeiter der CDU. Die Finanzierung der Parteiarbeit wird sowohl unter dem Gesichtspunkt der notwendigen Mittel für die Aufgabenstellung auf den verschiedenen Ebenen als auch nach den Möglichkeiten untersucht, die sich aus dem Parteiengesetz und der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts zur Werbung von Spenden ergeben. Ziel ist es, eine große Bewegung von Kleinspendern für die Union zu begründen. Für das Kommunikationsmodell der Partei werden die innerparteiliche Informationsarbeit und die Methoden und Maßnahmen der Öffentlichkeitsarbeit neu überdacht. Die Organisationskommission der CDU wird sich mit Vertretern aus allen Ebenen der Partei intensiv besprechen, Organisationsexperten heranziehen und die Erfahrungen aus den Wahlkämpfen sorgfältig auswerten.

Nach dem Aufbau eines Kommunikationsnetzes und der Text- und Datenverarbeitung, den ausführlichen Programmdiskussionen in den 70er Jahren, den neuen Dialogformen auf dem Jugendparteitag in Hamburg 1981 und dem Frauenparteitag in Essen 1985 sowie den erfolgreich geführten Winterwahlkämpfen 1983 und 1987 will die Union ihre Organisation verbessern und erneuern, um die politische Konkurrenz in den 90er Jahren zu bestehen.

Erste Spende für Aids-Stiftung

Die Bundesregierung hat die erste Spende für die von Bundeskanzler Helmut Kohl angeregte Nationale Aids-Stiftung erhalten. Wie das Bundesgesundheitsministerium in Bonn bekanntgab, hat der Verband der Lebensversicherungsunternehmen (LV) bereits zwei Millionen Mark für die in Gründung befindliche Stiftung gespendet. Bundesministerin Rita Süßmuth (CDU) dankte der deutschen Lebensversicherungswirtschaft für ihre „vorbildliche Leistung“. Die Ministerin appellierte gleichzeitig an die Öffentlichkeit, diesem guten Beispiel zu folgen. Wie das Bundesgesundheitsministerium mitteilt, ist damit zu rechnen, daß die Nationale Aids-Stiftung voraussichtlich schon Ende September ihre Arbeit aufnehmen kann. Dann würden auch die offiziellen Spenden-Konten bekanntgegeben, damit alle interessierten Bundesbürger ihren Beitrag im Kampf gegen Aids leisten können.

Starke Zunahme bei ABM-Beschäftigten

Die Zahl der Arbeitnehmer, die im Rahmen von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen beschäftigt werden, ist innerhalb von fünf Jahren (Frühjahr 1982 bis Frühjahr 1987) um fast das Vierfache auf 119 400 gestiegen. 1982 wurden für Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen knapp 0,9 Milliarden Mark ausgegeben. 1986 standen dafür rund 3 Milliarden Mark zur Verfügung, in diesem Jahr sind es 3,3 Milliarden Mark. Nie zuvor hatten die Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung, die vor allem der Wiedereingliederung schwer vermittelbarer Arbeitsloser dienen sollen, einen so hohen Stand.

Erfolgreiche Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik

In einer vielbeachteten Pressekonferenz in Bonn erläuterten die Wirtschaftsexperten von Unions- und FDP-Fraktion, die Abgeordneten Wissmann und Hausmann gemeinsam die künftigen Schwerpunkte der Arbeitsmarktpolitik der Bundesregierung.

Besonderes Augenmerk soll auf verstärkte Qualifizierungsanstrengungen und einen verbesserten Einsatz moderner Techniken gelegt werden. Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen und der vertraute Umgang mit den neuen Computer-Techniken sind heute angesichts der mangelnden Qualifikation vieler Arbeitsloser wichtiger denn je. Sie sind der Schlüssel zur Zukunft für unsere Gesellschaft.

Die Qualifizierungsoffensive der Bundesregierung der letzten anderthalb Jahre hat den richtigen Weg gewiesen. Nun sind die Betriebe und öffentliche Verwaltungen gefordert, um die erfolgten Anstöße durch die Bundesregierung fortzusetzen. Über betriebliche Maßnahmen zur Weiter- und Fortbildung und betriebsbezogene Qualifikationen kommt es nun entscheidend auf die Eigeninitiative der Unternehmen, der öffentlichen Verwaltung sowie der Arbeitnehmer an.

Ein weiterer Schwerpunkt der Bundesregierung in der letzten und auch in der neuen Legislaturperiode ist die Förderung neuer Arbeitszeitformen.

Die Teilzeitarbeit hat in den letzten Jahren in der Bundesrepublik stetig zugenommen, insbesondere im Handel und im Dienstleistungssektor.

Es besteht jedoch noch ein Potential von über 230 000 Arbeitslosen, die eine reine Teilzeitarbeit suchen.

Mit der Neuregelung der Arbeitszeitordnung, die noch aus dem Jahr 1938 stammt, sollen außerdem das Arbeitszeitrecht und der Frauenarbeitsschutz verbessert und den Erfordernissen des modernen Arbeitslebens angepaßt werden.

Eine weitere wichtige Aufgabe in dieser Legislaturperiode ist die Bekämpfung der Schwarzarbeit. Im Bereich der Schattenwirtschaft werden nach den vorliegenden Schätzungen Umsätze in einer Größenordnung zwischen 150 und 200 Mrd. DM erzielt, dies entspricht etwa zehn Prozent des Bruttosozialprodukts. Der Gesellschaft gehen dadurch erhebliche Steuern und Sozialversicherungsbeiträge verloren. Für die Wirtschaftspolitik bedeutet dies, daß wir falsche Daten erhalten: Die tatsächliche Lage auf dem Arbeitsmarkt wird verzerrt dargestellt, Wirtschaftswachstum und Arbeitsproduktivität werden zu niedrig, die Inflationsrate und die Arbeitslosenquote dagegen zu hoch ausgewiesen. Daher müssen alle Anstrengungen unternommen werden, das Wachstumspotential der Schattenwirtschaft durch Überführung in die reguläre Wirtschaft zu nutzen.

Die Bundesregierung hat hierzu durch die Steuerreform der Jahre 1986 und 1988 die Steuer- und Abgabenbelastung für Arbeitnehmer und Unternehmer gesenkt. Ab 1990 wird für eine weitere Entlastung der Bürger gesorgt.

Weitere Eckpfeiler der wirtschaftspolitischen Vorstellungen der Koalition sind die konsequente Fortsetzung der Privatisierungspolitik, der Abbau von Subventionen in Verbindung mit der Steuerreform sowie die weitere Reduzierung des Staatsanteils am Bruttosozialprodukt.

Immer mehr Frauen im Beruf

Die Erwerbsbeteiligung von Frauen steigt weiter. Zu diesem Ergebnis kommt das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) in einer kürzlich veröffentlichten Studie. Nach den Erhebungen des DIW waren 1985 von den 29 Millionen Erwerbstätigen in der Bundesrepublik fast 40 Prozent Frauen. Gegenüber 1975 hat sich die Zahl der weiblichen Erwerbspersonen um beinahe 14 Prozent und ihr Anteil an der Gesamtzahl der Beschäftigten um rund zwei Prozentpunkte erhöht.

Die Arbeitslosenquote der Frauen lag 1985 jedoch mit fast 12 Prozent weit über derjenigen der Männer mit 7,5 Prozent. Nach Ansicht des DIW kann dieses Problem insbesondere durch flexiblere Arbeitszeitregelungen und verbesserte Möglichkeiten für Teilzeitarbeit gemildert werden. Flexible Arbeitszeiten sind nach Auffassung der Wirtschaftsforscher jedoch nicht nur ein Beitrag zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, sondern sie verbessern auch die Aussichten dafür, daß längerfristig die geschlechtsspezifische Arbeitsteilung mit der einseitigen Zuweisung der Hausarbeit an die Frauen abgebaut wird.

Frauen haben nämlich nach wie vor ungünstigere Startpositionen, weil sie die Aufgaben der Kindererziehung und der Hausarbeit übernehmen, während die Väter ihre Karriere aufbauen. Am klassischen Rollenverhalten von Mann und Frau hat sich — laut DIW — wenig geändert.

Trotz der nach wie unbefriedigenden Stellung der meisten weiblichen Beschäftigten in der Berufs- und Lohnhierarchie geht das DIW jedoch davon aus, daß die Erwerbsbeteiligung der Frauen weiter zunehmen wird.

Daher wird es zukünftig immer notwendiger werden, daß die Männer mehr Aufgaben in der Familie übernehmen. Dazu bedarf es nicht nur erheblicher Wandlungen im Rollenverhältnis beider Partner. Auch die Arbeitgeber müssen bereit sein, für Frauen und Männer entsprechende Arbeitsplätze mit flexibleren Arbeitszeitregelungen und Teilzeitarbeit zu schaffen, fordert das DIW.

Die CDU-geführte Bundesregierung hat bereits durch das Beschäftigungsförderungsgesetz die rechtlichen Erleichterungen für das verstärkte Angebot von Teilzeitarbeitsplätzen geschaffen.

Mit dem seit Januar 1986 geltenden Erziehungsurlaub nach der Geburt eines Kindes und der Zahlung von Erziehungsgeld sowie der Einführung eines Erziehungsjahres in der Rentenversicherung sind die für Frauen aus der Kindererziehung resultierenden Nachteile gemildert worden.

Ein verstärktes Angebot an Teilzeitarbeitsplätzen, die familiengerechte Flexibilisierung der Arbeitszeiten sowie begrenzte Rückkehrgarantien bei erziehungsbedingten Berufsunterbrechungen und die Einbeziehung von Elternurlaubern in betriebliche Weiterbildungsmaßnahmen sowie betriebseigene Kinderhorte zählen zu den familienfreundlichen Maßnahmen, die einige Unternehmen bereits praktizieren.

Weniger Asylsuchende

Die Zahl der Asylbewerber in der Bundesrepublik Deutschland hat sich seit dem von der DDR verhängten Durchreiseverbot für Ausländer ohne Visum etwa halbiert.

Wieder auf Wachstumskurs

„In der Wirtschaft der Bundesrepublik Deutschland haben sich seit Frühjahrsbeginn die Wachstumskräfte erwartungsgemäß wieder durchgesetzt.“ Zu dieser Einschätzung kommt der neueste Monatsbericht des Bundeswirtschaftsministeriums. Besonders die „kräftige Ausdehnung der Auslandsorders“ wird hervorgehoben. Gründe dafür sind nach Ansicht der Konjunkturexperten die Anpassung der Nachfrage an den Dollarkursrückgang und die positive Auswirkung der Stabilisierung der Wechselkurse auf die Geschäftsabschlüsse.

Auch der Konjunkturbericht vom August des Bundesverbandes deutscher Banken stellt fest, daß „die deutsche Konjunktur auf dem Weg aus der Schwächephase des Winterhalbjahres deutliche Fortschritte gemacht“ hat.

Deutliche Anzeichen dafür: die zunehmende Kapazitätsauslastung, steigende Umsätze im Einzelhandel, gute Ergebnisse des Sommerschlußverkaufs. „Das unterbrochene Wirtschaftswachstum ist wieder in Gang gekommen.“ Für eine anhaltende Aufwärtstendenz spricht vor allem das gute Konsumklima.

Da sich die Position der deutschen Exportwirtschaft auf den Auslandsmärkten offensichtlich gefestigt hat und auch die Exporterwartungen der Unternehmen verbessert haben, können für den Exportbereich „Anzeichen der Erholung“ festgestellt werden.

Am Arbeitsmarkt hielt der Beschäftigungsanstieg an, flachte sich aber ab. Hierfür sind die immer noch ungünstigen strukturellen Bedingungen verantwortl. So nimmt das Arbeitskräfteangebot aus den geburtenstarken Jahrgängen vorerst weiter zu, die in den vergangenen

Jahren in erheblich größerer Zahl als früher ausgebildeten Lehrlinge suchen nun einen Arbeitsplatz. Außerdem steigt die Erwerbsbeteiligung der Bevölkerung immer noch an, da sich vor allem Frauen erstmals oder erneut um eine Beschäftigung bewerben. Auch die Zuwanderung von Arbeitskräften aus dem Ausland hat sich wieder verstärkt.

Die Verbraucherpreise sind nach wie vor stabil, voraussichtlich werden sie im Jahresdurchschnitt bei +0,5 % liegen. Dies ist stabilitätspolitisch vertretbar. Der Bundesverband deutscher Banken meint dazu: „Ein Ende der relativ ruhigen Preisentwicklung zeichnet sich angesichts eines ... moderaten Wirtschaftswachstums und einer insgesamt gemäßigten Kostenentwicklung derzeit nicht ab.“

Fazit: Kein überschäumender, aber gemäßiger Optimismus ist derzeit angebracht. ■

Chemische Industrie steht vor Investitionsrekord

Die Chemische Industrie wird ihre Investitionen auch in diesem Jahr erhöhen. Das Investitionsvolumen werde wahrscheinlich 8,5 Milliarden DM gegenüber rund acht Milliarden DM im Vorjahr erreichen, teilte ein Sprecher des Verbandes der Chemischen Industrie mit. Die Einschätzung des Investitionsvolumens gehe auf eine Repräsentativbefragung bei den Mitgliedsfirmen zurück. Von den Investitionen wollen die Unternehmen jede zweite D-Mark für die Erweiterung der Produktionsanlagen und Einführung neuartiger Produktionsverfahren ausgeben. Rund zehn Prozent der Investitionen werden für Umweltschutzeinrichtungen aufgewandt.

Bund der Steuerzahler fordert:

Keine Abstriche an der Steuersenkung Solide Finanzierung ist möglich

Der zunehmenden Kritik an den Koalitionsbeschlüssen zur Steuersenkung 1990 ist der Bund der Steuerzahler mit einer Untersuchung seines Karl-Bräuer-Instituts entgegengetreten. Das Institut zeigt auf, daß eine solide Finanzierung der für 1990 geplanten Entlastungen auch ohne eine Erhöhung anderer Steuern möglich ist, wenn der Ausgabenanstieg von Bund, Ländern und Gemeinden in den nächsten Jahren auf 2,5 Prozent begrenzt wird und flankierend dazu Steuervergünstigungen in Höhe von 19 Milliarden Mark abgebaut werden. Diese Ausgabenzuwachsrate kann eingehalten werden, wenn neue ausgabenwirksame Leistungsgesetze grundsätzlich vermieden und wenn bestehende Einsparpotentiale, auch bei den Personalausgaben und vor allem bei den Subventionen, abgeschöpft werden.

Das Karl-Bräuer-Institut liefert konkrete Beispiele für den Abbau und die Umgestaltung von Subventionen. Allein durch die Neugestaltung der Subventionsbereiche Wohnen, Landwirtschaft, Steinkohle, Luftfahrt, Regional-, Forschungs- und Sparförderung ließe sich in den Haushalten von Bund, Ländern und Gemeinden ein Einsparvolumen von 15 Milliarden Mark erzielen.

Zur Kürzung von Steuervergünstigungen unterbreitet das Institut ebenfalls zahlreiche Beispiele, mit einem Finanzierungspotential, das um einige Milliarden über die erforderlichen 19 Milliarden Mark hinausgeht. Bei konsequenter Ausschöpfung der Kürzungsmöglichkeiten könnte

sogar eine weitergehende Aufstockung des Grundfreibetrages in Richtung auf das Existenzminimum finanziert werden. Nach Ansicht des Instituts sollte auch nicht vergessen werden, daß durch die Privatisierung von öffentlichem Wirtschaftsvermögen zusätzliche Finanzierungsspielräume für die Tarifreform gewonnen werden können. Diese werden vom Institut bei vorsichtiger Schätzung bis ins Jahr 2000 auf jährlich sechs bis sieben Milliarden Mark beziffert.

Der Einwand einiger Länder und Kommunen, sie seien mit den Finanzierungslasten infolge der Steuerentlastung überfordert, ist nach Einschätzung des Bundes der Steuerzahler unbegründet. Wird der vom Institut skizzierte Kurs auf allen Ebenen eingehalten, so ist eine solide Finanzierung der für 1990 beschlossenen Entlastungen nicht nur beim Bund, sondern auch bei Ländern und Gemeinden möglich. Die Einsparmöglichkeiten bei Personalausgaben und Subventionen sowie die Mehreinnahmen durch Abbau von Steuervergünstigungen und Privatisierungserlöse kommen den Länder- und Kommunalhaushalten ebenfalls zugute. ■

Zusätzliche Hilfen für Benachteiligte

Das Programm für die Förderung der Berufsausbildung benachteiligter Jugendlicher wurde von 256 Millionen Mark im Ausbildungsjahr 1983/84 auf 407 Millionen Mark 1986/87 aufgestockt. Damit können mehr als 30 000 Jugendliche gefördert werden.

Klaus Töpfer 100 Tage im Amt:

Im Umweltschutz ein gutes Stück vorangekommen

Er gilt als Umweltminister aus Überzeugung, der selbst von seinen politischen Gegnern für besonders kompetent gehalten wird: Klaus Töpfer, Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, der am 7. Mai 1987 die Nachfolge des ersten deutschen Bundesumweltministers, Walter Wallmann, angetreten hat.

Der studierte Volkswirt, der sich seit 1979 in Rheinland-Pfalz — zunächst als Staatssekretär, dann als Minister für Umwelt und Gesundheit — in besonderem Maße für das Umweltressort qualifiziert hat, läßt auch in Bonn keine Zweifel aufkommen, daß die Umweltpolitik der CDU mit ihm noch deutlicher an Profil gewinnen wird.

Kooperation statt Konfrontation

Bei aller Konfliktbereitschaft in der Sache — Klaus Töpfer hält von Konfrontationen mit der Industrie, wie sie von den Grünen gefordert und teilweise schon praktiziert wurden, absolut nichts: „Ich sage nicht: Was kann ich gegen jemanden durchsetzen, sondern: Was kann ich mit jemandem durchsetzen.“ Für ihn ist Eigenverantwortung der Industrie mehr als eine Sprechblase, und der Erfolg gibt ihm recht:

■ Am 27. Juli übergaben drei Fachverbände der chemischen Industrie eine Erklärung über den **freiwilligen Verzicht auf leichtflüchtige chlorierte Kohlenwasserstoffe (CKW) in Wasch- und Reinigungsmitteln**. Diese, aus ökologischer und gesundheitlicher Sicht als bedenklich bis gefährlich eingestuft Stoffe sollen

nach der Verpflichtung der Industrieverbände bis zum 31. Dezember 1987 vollständig ersetzt werden.

■ Mitte August erhielt Klaus Töpfer von der Industriegemeinschaft Aerosole e.V. (IGA) die schriftliche **Zusage, daß Fluor-Chlor-Kohlenwasserstoffe (FCKW) fast vollständig aus den Spraydosen verschwinden**. Bekanntlich gefährden diese Stoffe die die Erdatmosphäre umgebende Ozonschicht, die uns vor schädlichen UV-Strahlen schützt. Bis zum 31. Dezember 1988 soll der Einsatz von FCKW um mindestens 75 % und bis zum 31. Dezember 1989 um mindestens 90 % verringert werden. Nach diesem Zeitpunkt will die Industrie die Verwendung der FCKW völlig auf unverzichtbare Einsatzgebiete wie z.B. Arzneimittelsprays beschränken. Zwei Beispiele dafür, daß das Kooperationsprinzip weitaus wirkungsvoller sein kann als die „Gesetzeskeule“: Jede Rechtsvorschrift zur Beschränkung von FCKW zum Beispiel müßte einem langwierigen Notifizierungsverfahren in Brüssel unterzogen werden. An eine entsprechende Regelung vor Ende des Jahres 1987 wäre dann nicht zu denken gewesen.

Weitere Fortschritte bei der Luftreinhaltung

Im Bereich der Luftreinhaltung setzt der Bundesumweltminister die erfolgreiche Politik der Bundesregierung konsequent fort:

■ Durch intensive Beratungen mit der französischen Regierung konnte Klaus Töpfer deren rechtliche Vorbehalte gegen die EG-Benzinbleirichtlinie ausräumen.

Dadurch erreichte er, daß das **Verbot von verbleitem Normal-Benzin** wie vorgesehen am 1. Januar 1988 in Kraft treten kann.

■ Im Umweltministerrat der Europäischen Gemeinschaft hat der Minister darüber hinaus erreicht, daß eine weitere **Verminderung des Ausstoßes von Rußpartikeln bei Dieselfahrzeugen** als notwendig anerkannt wurde. Im Vorfeld einer Herabsetzung der entsprechenden Grenzwerte durch die Europäische Gemeinschaft will Klaus Töpfer jedoch intensive Gespräche mit der Automobilindustrie führen, um die schärferen Grenzwerte auch schon vor einer entsprechenden EG-Regelung zu erzielen.

■ Am 23. Juli 1987 hat das Bundeskabinett beschlossen, den **Schwefelgehalt in leichtem Heizöl und Dieselkraftstoff von 0,3 % auf 0,2 %** zu senken. Zusammen mit der Großfeuerungsanlagenverordnung (1983) und der Technischen Anleitung Luft (1986) wird diese Maßnahme dazu beitragen, daß sich 1988 der Ausstoß an Schwefeldioxid im Vergleich zu 1982 halbiert haben wird.

Herausforderungen im Gewässerschutz

Ungeachtet der erzielten Fortschritte bei der Verbesserung des Zustandes unserer Gewässer, bleiben noch eine Reihe schwieriger Probleme zu bewältigen.

Darin ist sich Klaus Töpfer mit dem Präsidenten des Umweltbundesamtes, von Lersner, einig, wie sich bei der Vorlage des Jahresberichtes 1986 des Amtes am 20. August zeigte.

Da gilt es, nicht nur die Verseuchung des Grundwassers durch alte Müllkippen, Pflanzenschutzmittel, Schwermetalle und Haushaltschemikalien zu verhindern, sondern auch die Stoffeinträge in Flüsse und Meere erheblich zu reduzieren. Bund, Länder und Gemeinden müssen dafür — so der Minister — gemeinsam

mit der Industrie weiter handeln. Oft reichen jedoch nationale Anstrengungen nicht aus, um Flüsse und Meere wirksam zu schützen. Internationale Zusammenarbeit ist gefordert.

Um z.B. bei der bevorstehenden **Nordsee-schutz-Konferenz**, die Ende November dieses Jahres in London stattfindet, bestmögliche Ergebnisse zu erzielen, wird Klaus Töpfer bereits im Vorfeld der Konferenz bilaterale Gespräche mit den Anrainerstaaten führen. Dabei geht es dem Minister vor allem um einen verstärkten Schutz des hochsensiblen Ökosystems Wattenmeer. Ziel ist, eine Vereinbarung zu erreichen, nach der die Abfallversenkung in die Nordsee nach Möglichkeit schon Anfang der 90er Jahre eingestellt wird.

Umweltabkommen mit der DDR

Daß Umweltverschmutzung nicht an Grenzen haltmacht, hat die Katastrophe von Tschernobyl auf besonders drastische Weise gezeigt. Aber auch weniger spektakuläre Ereignisse machen den internationalen Handlungsbedarf im Umweltschutz deutlich.

Ein Beispiel: Die beiden letzten Smog-Perioden in der Bundesrepublik Deutschland beruhten teils auf importiertem Smog aus den Braunkohle-Regionen der DDR und der ČSSR. Der Bundesumweltminister erhofft sich daher von dem Umweltabkommen mit der DDR, das während des Honecker-Besuches unterzeichnet wird, insbesondere positive Impulse für die Luftreinhaltung. **Weitere Umweltabkommen** sollen noch in diesem Herbst mit der Sowjetunion und der ČSSR unterzeichnet werden.

Umweltpolitische Kompetenz stärken

Umweltschutz ist Zukunftssicherung. Gerade junge Menschen äußern gegenüber Klaus Töpfer häufig die Sorge, daß wir unseren Wohlstand durch „Hypothese“

ken bei der Natur“ erreicht hätten, die erst kommende Generationen bezahlen müßten. Daß er diesen Vorwurf sehr ernst nimmt, zeigt die lange Wunschliste, die der Umweltminister Bundeskanzler Helmut Kohl vorgelegt hat. Einem seiner dringlichsten Anliegen, die **bessere personelle Ausstattung des Umweltministeriums**, ist bereits entsprochen worden: Im Haushalt 1988 sind 40 zusätzliche Stellen vorgesehen.

In den nächsten Monaten gilt es, eine besonders schwierige Aufgabe zu lösen: die Umsetzung der EG-Richtlinie über die **Umweltverträglichkeitsprüfung**. Dazu hat Umweltminister Klaus Töpfer vom 19. bis 21. August eine internationale Arbeitstagung in Heidelberg initiiert, wo Juristen, Wirtschaftswissenschaftler sowie Naturwissenschaftler aus Praxis und Wissenschaft über die Ausgestaltung und Möglichkeiten der Umweltverträglichkeitsprüfung beraten, um dem Minister wertvolle Hinweise für seine Arbeit zu geben. ■

Protest gegen Verhaftungen in Managua

CDU-Generalsekretär Heiner Geißler hat gegen die Festnahme des Vorsitzenden der Ständigen Menschenrechtskommission in Nicaragua, Hernandez Trigueros, und des Präsidenten der nicaraguanischen Rechtsanwaltskammer, Saborio, protestiert; Saborio gehört auch dem Parteivorstand der Konservativen Partei Nicaraguas an. In einem Telegramm an den nicaraguanischen Staatschef Ortega forderte er Managua auf, die Verhaftungen „unverzüglich zurückzunehmen und die beiden Verhafteten freizulassen“. Geißler bezeichnete sie als aufrechte Demokraten, die sich immer wieder um die Menschenrechte und um einen friedlichen Weg Nicaraguas zur Demokratie bemüht hätten.

Große Nachfrage nach fälschungssicheren Personalausweisen

Seit Einführung der neuen fälschungssicheren und maschinell lesbaren Personalausweise in der Bundesrepublik Deutschland hat die Bundesdruckerei in Berlin bereits mehr als zwei Millionen neue Personalausweise an die Personalausweisbehörden der Länder ausgeliefert. Die Nachfrage nach dem in der Bundesdruckerei in einem aufwendigen Verfahren hergestellten fälschungssicheren Identitätspapier ist außergewöhnlich groß: Die Bundesdruckerei produziert täglich rund 40 000 Ausweise. Der erste fälschungssichere und maschinell lesbare Personalausweis der Welt hat auch in anderen Ländern schon reges Interesse gefunden — als ein wirksames Instrument zur effektiveren Bekämpfung von Kriminalität und Terrorismus. Ebenso wie die Bundesrepublik Deutschland beabsichtigt nun auch Frankreich, einen fälschungssicheren und maschinell lesbaren Personalausweis einzuführen. Großbritannien wird einen dementsprechenden Reisepaß ausgeben.

Spielautomaten-Abbau notfalls durch Gesetz

Zu einer „klaren Selbstbeschränkung“ hat die Bundesministerin für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit, **Rita Süßmuth**, die Betreiber von Spielhallen aufgefordert. Die weitere Ausdehnung des Angebots an Spielhallen ist nach Ansicht der Ministerin im Interesse der Spieler und ihrer Familien nicht zu verantworten: Wenn der seit einiger Zeit vorgeschriebene Abbau von Geldspielgeräten durch Neugründungen von Spielhallen unterlaufen werden sollte, könnten weitere gesetzliche Beschränkungen nicht ausbleiben.

INFO-SERVICE

ARBEITSMATERIAL
FÜR CDU-REDAKTEURE



Eine neue Ausgabe des Informationsdienstes für Redakteure von CDU-Zeitungen in Orts- und Kreisverbänden ist soeben erschienen. Sie enthält eine interessante Zusammenstellung bundespolitischer Nachrichten, aktuelle Zitate und zum ersten Mal auch grafische Tips zur Zeitungsgestaltung.

Sollten Sie Redakteur einer CDU-Zeitung sein und diesen Informationsdienst noch nicht erhalten, lassen Sie es uns bitte wissen. Benötigen Sie weitere Informationen, rufen Sie uns doch einfach an!

Telefon: (02 28) 54 45 04 + 54 42 88

Baugewerbe sucht 8 000 Lehrlinge

Dem Baugewerbe fehlen für das nächste Ausbildungsjahr 5000 bis 8000 Lehrlinge. Das hat der Präsident des Zentralverbandes des Baugewerbes, Fritz Eichbauer, in einem Gespräch mit der „Neuen Osnabrücker Zeitung“ geäußert. Besonders in Süddeutschland gebe es ein Überangebot an Lehrstellen. Eichbauer führte das mangelnde Interesse an einer Ausbildung am Bau darauf zurück, daß der Beruf als unattraktiv und krisenanfällig betrachtet werde. Das entspreche nicht den Tatsachen. „Wir können nachweisen, daß der gut ausgebildete Facharbeiter auch in Zeiten schwieriger Baukonjunktur immer seinen Arbeitsplatz gehabt hat“, sagte Eichbauer.

Tausende von Lehrstellen

Im Handwerk stehen auch in diesem Jahr Tausende von Lehrstellen offen. Der Zen-

tralverband des Deutschen Handwerks (ZDH) äußerte die Erwartung, daß nicht alle 250 000 angebotenen Lehrstellen besetzt werden können. Im vergangenen Jahr waren 23 000 Lehrstellen unbesetzt geblieben. In den Bau- und Ausbauhandwerken, aber auch in anderen großen Handwerksgruppen in den Bereichen Metall, Elektro und Ernährung seien „weit mehr Lehrstellen als Lehrstellenbewerber“ vorhanden.

Für 1988 kündigte der ZDH eine „umfassende Lehrlingsoffensive“ an, in der intensiv für die gewerblich-technischen Berufe des Handwerks geworben werden soll. Das Berufsverhalten von Eltern und Schülern müsse geändert werden: Der unveränderte Drang in Büro- und Verwaltungsberufe müsse gestoppt und die Attraktivität der gewerblich-technischen Handwerksberufe stärker verdeutlicht werden. Das Handwerk wende sich dabei vor allem auch an Mädchen, Abiturienten und junge Ausländer.

Elmar Pieroth:

Der Mittelstand steht vor großen Aufgaben

Die großen Zukunftsaufgaben unserer Gesellschaft verlangen, daß mehr denn je Freiräume für die Leistungskraft des einzelnen, für seine Ideen und Initiativen geschaffen werden. Nur wenn es uns gelingt, diese eigentlichen Antriebskräfte unserer Gesellschaft zu mobilisieren, werden wir auch in Zukunft das hohe Lebensniveau bei uns garantieren können, erklärte der Bundesvorsitzende der Mittelstandsvereinigung der CDU/CSU (MIT), Senator Elmar Pieroth, in Bonn.

Nicht mehr Staat und mehr Bürokratie, nicht mehr Betreuungs- und Subventionsmentalität sind die Antwort auf diese Herausforderung, sondern ein lebendiger, risikobereiter und breiter Mittelstand.

Nur mit ihm werden wir

- die Leistungsfähigkeit unserer Gesellschaft erhalten, ohne die der hohe Sozial-, Kultur- und Bildungsstandard unseres Landes nicht zu gewährleisten wäre,
- die existenziellen Aufgaben der Erhaltung und Pflege unserer natürlichen Umwelt bewältigen,
- die Arbeitslosigkeit dauerhaft abbauen,
- unsere Verantwortung gegenüber der Dritten Welt einlösen können.

Eine breite Bewegung für mehr Selbständigkeit

Diese großen Aufgaben haben es zunächst erforderlich gemacht, die fiskalische und administrative Erblast der 70er Jahre zu entschärfen und dadurch vor

allem die Wiederbelebung des unternehmerischen Mittelstandes zu erreichen. Die nächste Phase der Mittelstandspolitik muß aber unter dem Leitgedanken einer breiten gesellschaftlichen Bewegung für mehr Selbständigkeit stehen.

Der eigentliche Schaden der 70er Jahre war ein psychologischer, der heute noch nachwirkt und weit über die Bezugfelder der traditionellen Mittelstandspolitik hinausgeht. Viel zu viele, auch junge Menschen, fragen zuerst, was der Staat für sie tun kann und eben nicht, worin ihre Aufgabe für den Staat, für unsere Gesellschaft besteht. Diese Grundhaltung ist die große Gefahr für die weitere konstruktive Entfaltung unserer Wirtschaft und Gesellschaft.

Der neue Akzent, der in der Mittelstandspolitik von mir gesetzt wird, ist Selbständigkeit als Sozialnorm, als ein zentrales gesellschaftliches Postulat.

Dabei sehe ich Selbständigkeit nicht nur gleichgesetzt mit Unternehmertum. Selbständigkeit — das ist: mehr Eigeninitiative, mehr Eigenverantwortung, mehr persönlicher Einsatz, die Bereitschaft, sich einzubringen, sich weiterzuentwickeln durch die Übernahme von Verantwortung oder z.B. durch berufliche Weiterbildung. Selbständigkeit ist in allen Bereichen und auf allen Ebenen gefordert.

Die großen Aufgaben der Zukunft verlangen nicht nur eine intelligente Technik, sondern eine intelligente Gesellschaft. Mehr Selbständigkeit ist dazu der entscheidende Schlüssel. Mehr Selbstvertrauen und mehr Mut zur eigenen Leistung — das ist die Kernbotschaft des

Mittelstandes. Es ist nicht nur eine wirtschaftliche, sondern eine gesellschaftliche Notwendigkeit, unternehmerischen Kräften auf allen Ebenen zum Durchbruch zu verhelfen, die „Geburtenrate“ junger Unternehmen zu erhöhen und vor allem damit die „Unternehmerlücke“ zu schließen.

Die Gesellschaft der Selbständigen gestalten

Eine Gesellschaft, in der verantwortete Selbständigkeit einen entscheidenden Raum einnimmt, erfordert, daß wir

- in Schulen, Fachschulen und Hochschulen die Vermittlung von selbständigem Denken und Handeln einführen und gewährleisten,
- die bürokratischen Einschränkungen von mehr Selbständigkeit, wo nur möglich, verringern,
- die finanziellen Anreize und Belohnungen für mehr Selbständigkeit in allen Bereichen steigern,
- die Förderung von Existenzgründern weiterentwickeln, um die Überlebensfähigkeit junger Betriebe zu erhöhen,
- den Prozeß der Flexibilisierung von Arbeitszeiten, Arbeitsstrukturen und wirtschaftlich-gesellschaftlichen Rahmenbedingungen fortsetzen,
- die Humanisierung der Arbeitswelt weiter vorantreiben, um zu hohe körperliche Belastungen abzubauen und Spielräume für mehr Mitdenken und Mitgestalten eröffnen,
- die Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand ausbauen.

Von der Neuorientierung zur neuen Ordnung

Wir müssen die arbeitsplatzschaffende Dynamik des Mittelstandes noch stärker nutzen. Heute schon werden in kleinen und mittleren Unternehmen

- zwei Drittel der Menschen beschäftigt,
- über drei Viertel der Jugendlichen ausgebildet,
- rund 50 % des Bruttosozialproduktes erwirtschaftet,
- die Hauptlasten der Steuern und Abgaben getragen.

Ein wichtiger Trumpf, den der Mittelstand ausspielen kann, ist seine größere Arbeitsplatzintensität. Wie die Bundesanstalt für Arbeit kürzlich festgestellt hat, wuchs die Zahl der Arbeitsplätze von 1977 bis 1985 in kleinen und mittleren Betrieben mit bis zu 20 sozialversicherungspflichtig Beschäftigten um 580 000 (+ 13 %), während Großbetriebe mit 500 und mehr Beschäftigten 225 000 (—4,2 %) abbauten.

Diese Bedeutung des Mittelstandes muß überall verstanden werden. Dann verändert sich im Bewußtsein der Bevölkerung Mittelstandspolitik von einer Interessenpolitik zu einer gesamtwirtschaftlichen Wachstums- und Beschäftigungspolitik. Die Beschäftigungserfolge im Mittelstand erklären sich durch wichtige Strukturveränderungen:

- Mit steigendem Einkommen fragen die Verbraucher nach zunehmend individualeren Produkten.
- Die Produktion von Massengütern wandert leichter in Billiglohnländer ab.
- Durch neue Technik wird der Vorteil der Kostendegression in der Großserienproduktion relativiert, weil z.B. mit Hilfe moderner Computertechnik Produktionsanlagen schnell und wirtschaftlich auf kleinere Losgrößen umgestellt werden können.
- Mittelständischen Unternehmen gelingt es durch eine größere Kundennähe eher Marktlücken aufzuspüren.
- Mitarbeiter in kleinen und mittleren Betrieben können leichter motiviert wer-

den und zeigen deshalb eine höhere Leistungsbereitschaft.

Damit der Mittelstand seine Schlüsselrolle bei der Zukunftsgestaltung ausfüllen kann, gilt es, mehr grundlegend zu ordnen und weniger durch staatlichen Aktionismus einzugreifen. Ordnungspolitik neu gewichten, heißt auch, Ursachen für Fehlentwicklungen zu beseitigen, anstatt deren Folgewirkungen korrigieren zu wollen. Für die aktuelle Diskussion bedeutet dieser Grundsatz im einzelnen:

1. Arbeitsplätze sichern, neue Arbeitsplätze schaffen

Die Steuerreform von Bundesfinanzminister Gerhard Stoltenberg verdient rückhaltlose Unterstützung. Sie darf nicht zerredet werden und kann durch die Kürzung von Subventionen und Steuervergünstigungen finanziert werden. Gute steuerliche Rahmenbedingungen zur Entfaltung des Mittelstandes sind das erfolgreichste Beschäftigungsprogramm. Dazu zählt vor allem, durch eine Steuerreform dem Sparkapital den Weg in die volkswirtschaftlich sinnvollste Verwendung, ins Sachkapital zu ebnen. Wir brauchen Anreize für arbeitsplatzschaffende Investitionen im Inland. Durch unsere Gewerbesteuer beispielsweise begünstigen wir tendenziell die Schaffung von Arbeitsplätzen im Ausland. Bis auf Frankreich, Luxemburg, Schweden und Österreich kommen alle westeuropäischen Länder ohne diese Steuer aus.

Das eigentliche Problem der Beseitigung der Arbeitslosigkeit sind die großen Strukturungleichgewichte zwischen dem Bedarf der Wirtschaft und dem Angebot des Arbeitsmarktes. Schon heute zeichnet sich in vielen Branchen ab, daß trotz hoher Arbeitslosigkeit ein Fachkräftemangel herrscht, der teilweise sogar noch zunimmt. Ausgabenprogramme der

öffentlichen Hand ändern am Ungleichgewicht auf dem Arbeitsmarkt überhaupt nichts. Vielmehr sind alle Aktivitäten der öffentlichen Hand auf Qualifizierung der qualifizierungsfähigen Arbeitslosen auszurichten.

2. Lohnzusatzkosten verringern, Schattenwirtschaft bekämpfen

Die hohe Steuer- und Abgabenquote hat die Schattenwirtschaft zu einer blühenden Branche gemacht. Deshalb müssen neben einer Steuersenkung die Lohnzusatzkosten verringert werden. Die Steuerentlastung verpufft, wenn auf der anderen Seite Sozialversicherungsabgaben weiter steigen. Zur Bekämpfung der Schwarzarbeit ist die Einführung eines Sozialversicherungsausweises ein erwägenswerter Ansatz.

Dennoch gilt: Der beste Ausweis gegen Schwarzarbeit ist ein Ausweis niedrigerer Lohnnebenkosten.

Unter diesem Blickwinkel erhält die Strukturreform im Gesundheitswesen und die Sicherung der Renten eine neue Qualität. Das zu erwartende Wachstum des dienstleistungsintensiven Gesundheitssektors ist zu verbinden mit stabilen und in der Höhe zumutbaren Beitragsätzen zur gesetzlichen Krankenversicherung. Die bisher angewandte Methode der administrativen Kostendämpfung hat nicht verhindert, daß die Gesundheitskosten weiter angestiegen sind. Um die Probleme lösen zu können, ist eine ordnungspolitische Neubesinnung notwendig. Bei der Strukturreform des Gesundheitswesens müssen Leistungsfähigkeit, Menschlichkeit und Finanzierbarkeit miteinander verbunden werden durch mehr marktwirtschaftliche Steuerungs-elemente und den Einsatz von mehr eigenverantwortlicher Privatleistung der Bürger anstelle des Staatsbeitrages.

Kommunales Wahlrecht für Ausländer ist verfassungswidrig

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion wird sich bereits auf ihrer ersten Sitzung nach der Sommerpause Anfang September mit dem in Hamburg zwischen SPD und FDP vereinbarten Wahlrecht für Ausländer befassen. Wir werden der Fraktion einen sog. Vorratsbeschluß empfehlen, wonach die CDU/CSU-Bundestagsfraktion im Falle der gesetzlichen Einführung eines Ausländerwahlrechts umgehend Normenkontrollklage beim Bundesverfassungsgericht einreichen wird, erklären der Parlamentarische Geschäftsführer, Rudolf Seiters und der Justitiar der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Manfred Langner.

Die jetzige Koalitionsvereinbarung entfaltet rechtlich noch keine Wirkung und kann dementsprechend noch nicht gerichtlich angegriffen werden. Die Union will aber schon im derzeitigen Stadium unmißverständlich klarstellen, daß der Gang nach Karlsruhe beschlossene Sache ist, falls in Hamburg unter eindeutigen Verstoß gegen unsere Verfassung ein Ausländerwahlrecht gesetzlich eingeführt werden sollte.

Wenn es in Art. 20 des Grundgesetzes heißt, daß „alle Staatsgewalt“ vom „Volke“ ausgeht, so ist hiermit an das deutsche Staatsvolk gedacht, dessen Mitgliedschaft durch die deutsche Staatsangehörigkeit vermittelt wird. Daß nur den eigenen Staatsangehörigen das politische Wahlrecht zusteht, ist ein Grundsatz, der bis auf ganz wenige Ausnahmen in allen Staaten der Welt gilt. Diesem Grundsatz liegt der Gedanke zugrunde, daß ein besonderes Treueband aus Rechten (Wahlrecht, diplomatischer Schutzan-

spruch im Ausland) und Pflichten (Wehrpflicht, Pflicht zur Übernahme öffentlicher Ehrenämter) zwischen dem Staat und seinen Staatsangehörigen besteht. Übersehen wird in der gegenwärtigen Diskussion, daß sowohl die UN-Menschenrechtsdeklaration von 1948 (Art. 21) als auch der UN-Pakt über bürgerliche und politische Rechte (Art. 25) für das politische Wahlrecht die Innehabung der Staatsangehörigkeit ausdrücklich voraussetzen.

Das Kommunalwahlrecht ist kein Wahlrecht kleinerer Münze. Es gelten hier keine anderen Grundsätze wie für das Wahlrecht zum Bundestag oder zu den Landesparlamenten. Das Grundgesetz verbürgt den Gemeinden zwar das Recht der Selbstverwaltung, dieses Recht löst sie aber nach ständiger Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts nicht aus dem Staatsverband.

Die Einräumung eines Kommunalwahlrechts für Ausländer in nur einem Bundesland beeinträchtigt die Homogenität im Bundesstaat und widerspricht dem verfassungsrechtlichen Grundsatz der Bundestreue. Dem Bundesland Hamburg fehlt überdies die Gesetzgebungskompetenz für die Einführung eines solchen Wahlrechts. Denn der Bund hat die Grundzüge der politischen Betätigung von Ausländern bereits als Materie im Ausländergesetz (§ 6) geregelt und damit unter Ausfüllung seiner konkurrierenden Gesetzgebungskompetenz für das Aufenthalts- und Niederlassungsrecht der Ausländer (Art. 74 Ziff. 4 des GG) eine Sperre für eine landesgesetzliche Gewährung weiterer politischer Rechte geschaffen.

Leitsätze zur Genomanalyse

Im Bereich der Genomanalyse stehen wir infolge des schnellen technisch-wissenschaftlichen Fortschritts vor ständig neuen und sich wandelnden Erkenntnissen, aber auch vor neuen Aufgaben. Seit immer mehr die Identifizierung und Analyse der bisher unsichtbaren Welt der einzelnen Gene selbst möglich und vorstellbar wird, haben die klassischen Felder der Genomanalyse, wie genetische Beratung, pränatale Diagnostik und die Neugeborenenuntersuchung, aber auch Pharmako- und Ökogenetik sowie die Genomanalyse in der Arbeitswelt und im Versicherungswesen eine neue ethische und rechtliche Qualität erhalten.

Durch den unmittelbaren Blick auf die Gene des Menschen wird es die Genomanalyse zunehmend ermöglichen, genetisch bedingte Erkrankungen und Veranlagungen des Menschen früher und genauer festzustellen als mit den herkömmlichen Methoden. Die Entwicklung in der Wissenschaft schafft immer neue Handlungsmöglichkeiten. Dies eröffnet Chancen und Gefahren, erklärte der Vorsitzende des Bundesarbeitskreises Christlich-Demokratischer Juristen (BACDJ), der baden-württembergische Justizmini-

Fortsetzung von Seite 16

Die Hamburger FDP sollte nochmals den Rat ihrer Bonner Parteifreunde, allen voran denjenigen Bundesjustizministers Engelhard, suchen. Die Union ist wie dieser der Ansicht, daß ein Ausländerwahlrecht nicht der Integration dient. Wer in der Bundesrepublik Deutschland bleiben und hier die Rechte des Volkssouveräns ausüben will, der muß die Staatsbürgerschaft erwerben mit allen dazugehörigen Rechten und Pflichten.

ster Heinz Eyrich anläßlich der Vorstellung von „Leitsätzen des BACDJ zur Genomanalyse“.

Es gilt, die neuen Möglichkeiten der direkten Analyse der Gene zu nutzen, Mißbräuchen aber zu wehren. Alle Verantwortlichen, einschließlich des Gesetzgebers, sind angesichts der rasanten Entwicklung nunmehr aufgerufen, bereits jetzt notwendige Grundsatzentscheidungen zu treffen und daraus rechtliche Rahmenbedingungen für eine verantwortliche Entwicklung zu schaffen. Internationale Regelungen sind zwingend erforderlich.

Aus diesem Bestreben heraus hat der BACDJ nach ausführlicher Vorbereitung durch die Fachkommission „Biotechnologie und Recht“ unter Beteiligung von Persönlichkeiten aus Rechtswissenschaft, Justiz, Theologie und Medizin, „Leitsätze zur Genomanalyse“ verabschiedet.

Die Leitsätze basieren auf folgenden Eckpfeilern christlich-demokratischer Politik:

1. Die Union stellt in den Mittelpunkt ihrer Aussagen die Würde des Menschen (Art. 1 Grundgesetz) und sein grundgesetzlich verbürgtes Selbstbestimmungs- und Persönlichkeitsrecht (Art. 1 in Verbindung mit Art. 2 Grundgesetz).

Deshalb gilt im einzelnen:

Die Genomanalyse darf nicht zu einer genetischen Zurschaustellung des Menschen führen. Jeder hat grundsätzlich das Recht, seine genetische Konstitution zu kennen, aber auch ebenso das Recht, sie nicht zu kennen. Erkenntnisse, die durch Genomanalyse gewonnen werden, sind als höchst persönliche Daten besonders zu schützen.

2. Der Lebensschutz und das Wohl des Kindes sind verfassungsrechtliche Güter,

die bei der Genomanalyse höchste Beachtung verlangen. Hieraus folgt:

- Pränatale Diagnostik (vorgeburtliche Untersuchung) und Neugeborenen-screening (Reihenuntersuchungen) sind wünschenswerte Verfahren, um behandelbare Krankheiten festzustellen.

- Die Anwendung des Neugeborenen-screenings auf unbehandelbare Erbkrankheiten ist abzulehnen.

- Der Schutz des ungeborenen Kindes muß besondere Berücksichtigung finden. Eltern, die nach dem Ergebnis einer Genomanalyse im Rahmen der pränatalen Diagnostik ein behindertes Kind erwarten, sind darüber zu beraten, daß auch das behinderte Kind ein Recht auf Leben und — ebenso wie seine Eltern — einen besonderen Anspruch auf Hilfe und Schutz durch Staat und Gesellschaft hat.

3. In der Arbeitswelt und im Versicherungswesen sind das Persönlichkeits- und Selbstbestimmungsrecht und das berechtigte Schutzinteresse des Arbeit- und Versicherungsnehmers abzuwägen mit den Interessen des Arbeit- bzw. Versicherungsgebers.

Folgende Grundsätze müssen die notwendige Diskussion weiter bestimmen:

- In der Arbeitswelt darf die Genomanalyse auf DNA-Ebene nur angewendet werden, wenn sie bei der Zustimmung des Betroffenen auf arbeitsplatz- und arbeitsstoffspezifische Krankheiten beschränkt wird.

- Im Versicherungswesen dürfen genetische Tests, die Auskunft über die zukünftigen Gesundheitsaussichten und Lebenserwartungen des Versicherungsnehmers geben können, nicht zur Voraussetzung des Abschlusses eines Versicherungsvertrages gemacht werden.

28 Milliarden Mark für kinderreiche Familien

Insgesamt kommen den Familien in der Bundesrepublik im Jahr 1987 rund 28 Milliarden Mark aus dem Bundeshaushalt zugute. Mit diesem Familienlasten-Ausgleich will der Staat den Familien mit Kindern einen Teil ihrer finanziellen Lasten abnehmen. Dabei bedient sich die Bundesregierung einer Kombination aus gezielter sozialer Förderung und familiengerechter Besteuerung.

Am stärksten schlagen mit 16,25 Milliarden Mark die direkten Übertragungen zu Buche. Der größte Einzelbetrag ist hierbei das Kindergeld; es macht 1987 rund 13,75 Milliarden Mark aus.

Die zweite Säule des Familienlasten-Ausgleichs sind Steuererleichterungen. Rund 12 Milliarden Mark kommen den Familien dadurch zugute. Der größte Einzelposten sind mit rund neun Milliarden Mark die Kinderfreibeträge. Der kleinste Betrag von 140 Millionen kommt durch die Unterhaltsfreibeträge zustande.

Mit diesen Maßnahmen ist der Katalog des Familienlasten-Ausgleichs noch nicht ausgeschöpft. Die Bundesregierung plant für die Zukunft eine Erweiterung der familienfreundlichen Regelungen.

79,3 Prozent der Deutschen sagen ja zur Demokratie

Die Bundesbürger sind mit unserer Demokratie zufrieden wie nie: 79,3 Prozent sagten Ende Juni in einer Umfrage im Auftrag des Bonner Innenministeriums, daß sie in keiner anderen Staats- und Gesellschaftsform leben möchten. 1986 waren es 71,4, ein Jahr davor nur 69,4 Prozent. Am meisten identifizieren sich CDU/CSU-Anhänger mit unserer Demokratie (94,4 %), am wenigsten die Grünen (45,7 %).

Bilanz der Forschungspolitik

Im Gesamtleistungsplan des Bundesministeriums für Forschung und Technologie (BMFT) sprechen die Zahlen eine deutliche Sprache:

■ In den vergangenen Jahren ist der Anteil der Forschung und Entwicklung, den die Unternehmen selbst finanzieren, ständig gestiegen. Er liegt gegenwärtig bei rund 60 Prozent. Damit liegt die Bundesrepublik Deutschland nach Japan an der Spitze der großen Industrieländer,

■ wurde entsprechend die Wirtschaftsförderung des BMFT im Bereich marktorientierter Technologien zurückgeführt, von 2,4 Milliarden Mark (1983) auf nur noch 2,03 Milliarden Mark (1986),

■ betraf diese Rückführung ausschließlich die direkte Projektförderung. Ihr Anteil am BMFT-Haushalt wurde von 38 Prozent auf 22 Prozent reduziert. Dafür wurden indirekte Programme ausgebaut, um den Mittelstand stärker in die Forschungsförderung einzubeziehen. Dies ist gelungen: Für jede Mark, die sie selbst für Forschung und Entwicklung aufbringen, erhalten mittelständische Unternehmen heute mit rund 16 Pfennig doppelt soviel Fördermittel der Bundesregierung wie die Großunternehmen — diese erhalten rund acht Pfennig,

■ wurde durch den Ausbau der Verbundforschung die Förderung der wissenschaftlichen Kapazitäten im Rahmen der Projektförderung des BMFT verstärkt. Rund 60 Prozent der Mittel für die direkte Projektförderung entfallen heute auf Verbundvorhaben,

■ wurde der Anteil der Grundlagenforschung am Haushalt des BMFT von gut 26 Prozent auf gut 35 Prozent ausgebaut. Der Anteil der Vorsorgeforschung — Umwelt- und Gesundheitsforschung und

so weiter — am Haushalt des BMFT wuchs um gut 20 Prozent,

■ wurde bei den Großforschungseinrichtungen eine thematische Neuorientierung eingeleitet, innerhalb derer die Zentren verstärkt Beiträge in die Grundlagenforschung und der Vorsorgeforschung leisten und sich der Zusammenarbeit mit den Unternehmen öffnen.

Auch außerhalb der finanziellen Forschungsförderung hat Bundesforschungsminister Heinz Riesenhuber die Initiative ergriffen:

Erstens wurde die Diskussion über Verantwortung in Wissenschaft und Technik aktiv und in vielfältiger Weise geführt. Dabei wurden Bedenken und Befürchtungen aufgegriffen, aber auch Chancen aufgezeigt, etwa in der Biotechnologie, der Fertigungstechnik oder der Humanisierung des Arbeitslebens. Ein wichtiges Ergebnis dieser Bemühungen sind die laufenden Beratungen über ein Embryonenschutzgesetz.

Zweitens wurde die Zusammenarbeit von Wissenschaft und Unternehmen aktiv unterstützt durch den Ausbau der Verbundforschung, durch die Förderung des Know-how-Transfers und den Abbau von Hemmnissen für den Austausch neuer Erkenntnisse. In besonderem Maße galt dies für die Großforschungseinrichtungen, bei denen eine gute Entwicklung begonnen hat. Hier wird weiterhin ein Hauptaugenmerk der Forschungspolitik liegen.

Stiftungen sind bei der Forschungsförderung ein wichtiges Scharnier zwischen staatlicher und privater Forschung. Staatliche Forschungsförderung ist durch Vorschriften für die Vergabe von Forschungsaufträgen oft an langwierige

Begutachtungsverfahren gebunden; denn schließlich muß die Vergabe von Mitteln der öffentlichen Hand sorgfältig geprüft werden. Forschungen in der Industrie sind andererseits fast nur auf bestimmte unternehmenspolitische Ziele ausgerichtet. Forschungsfördernde Stiftungen können dagegen bei vielen Vorhaben andere Kriterien anlegen als Staat und Wirtschaft und können sich vergleichsweise schnell und unkonventionell für die Unterstützung verschiedener Forschungsvorhaben entscheiden.

In der abgelaufenen Legislaturperiode ist zum Erhalt der Vermögenssubstanz der Stiftungen und damit der Stiftungszwecke eine wesentliche Initiative unternommen worden, erklärte hierzu der forschungspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, **Christian Lenzer**. Nach Abzug aller Verwaltungskosten sollen forschungsfördernde gemeinnützige Stiftungen bis zu 25 Prozent ihrer Beträge dem Stiftungsvermögen zur Erhaltung der Leistungskraft zuführen können, ohne daß sie damit die Gemeinnützigkeit verlieren.

Zum Erhalt der Stiftungen und zur Verbreiterung des Stiftungswesens in der Bundesrepublik Deutschland — ähnlich wie in den USA — ist es jedoch erforderlich, auch diejenigen besserzustellen, die ihr Vermögen oder Vermögensteile wissenschaftlichen Stiftungen zur Verfügung stellen. Hierzu sind einkommensteuerrechtliche Änderungen erforderlich. Der Bundeskanzler hat in seiner Regierungserklärung vom 18. März 1987 dazu die nötigen Initiativen angekündigt. Damit wird das zweite wichtige Kernstück der Arbeit der Bundesregierung zur Erhaltung und Ausweitung der wissenschaftlichen Stiftungen zielstrebig in Angriff genommen.

Demonstranten aus der DDR forderten lautstark den Abriß der Mauer

Als Zeichen eines „unbändigen Freiheitswillens der Jugend in der DDR“ hat die Junge Union (JU) in Bonn eine Protestaktion von DDR-Bürgern in Ost-Berlin bewertet.

Zwei Monate nach den Pfingstkrawallen in Ost-Berlin hatten am späten Abend des 26. Jahrestages (13.8.) des Mauerbaus Demonstranten auf beiden Seiten des Brandenburger Tores erneut in Sprechchören den Abriß der Mauer gefordert. Auf östlicher Seite riefen rund 300 Demonstranten: „Berlin, Berlin, die Mauer muß weg“ und reagierten damit offenkundig auf entsprechende Sprechchöre von der Westseite. Dort hatten sich etwa 50 Menschen, darunter auch ehemalige DDR-Bürger, versammelt. Die Rufe aus Ost-Berlin waren auch auf der Westseite des Brandenburger Tores deutlich zu hören. Ost-Berliner Sicherheitskräfte nahmen etwa ein Dutzend Demonstranten fest.

Rentenversicherung: Finanzlage gebessert

Der Geschäftsbericht des Verbandes Deutscher Rentenversicherungsträger bestätigt, daß die Rentenversicherung 1986 eine Atempause erhalten hat. Die Finanzlage der Rentenversicherung hat sich wieder gebessert. Die Liquiditätsreserve liegt wieder über einer Monatsausgabe. Nach den weiteren Berechnungen ist die Finanzlage zudem bis in die 90er Jahre gesichert. Dies zeigt deutlich, daß unsere Sanierungsmaßnahmen in der Vergangenheit gegriffen haben. Die Bundesregierung und die sie tragenden Koalitionsfraktionen haben erfolgreich die Rentenversicherung wieder in ruhiger Fahrwasser gebracht.

Angebote der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.:

Tue Gutes und rede darüber!

Auf die Qualität der Argumente kommt es in der Politik entscheidend an. Entscheidend ist aber auch, daß die Argumente bekannt werden. Wie man politische Grundsätze und tagespolitische Entscheidungen überzeugend in der Öffentlichkeit darstellt, zeigt das Institut für Politische Bildung der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V. in seinen Trainings Öffentlichkeitsarbeit im kommunalen Bereich.

Die nächsten Termine:

2. 10. — 4. 10. 1987
4. 10. — 7. 10. 1987
29. 11. — 2. 12. 1987
13. 12. — 16. 12. 1987

Kommunale Pressearbeit

Es ist leichter, als viele meinen, kontinuierlich mit der lokalen und regionalen Presse zusammenzuarbeiten. Wobei es darauf ankommt, erfahren Pressesprecher und Pressebeauftragte auf Orts- und Kreisebene, aber auch alle anderen politisch Interessierten in den Trainings „Kommunale Pressearbeit“, die das Institut für Politische Bildung der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V. in Schloß Eichholz anbietet.

Die nächsten Termine:

18. 9. — 20. 9. 1987
9. 10. — 11. 10. 1987
6. 11. — 8. 11. 1987
4. 12. — 6. 12. 1987

Teilnahmebedingungen: Teilnehmerbeitrag 50,— DM; Fahrtkosten werden erstattet (Rückfahrkarte 2. Klasse der Deutschen Bundesbahn/Eigenbeteiligung 20,— DM); weitere Kosten entstehen nicht.

Informationen/Anmeldungen:

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.
Institut für Politische Bildung
Postfach 1331 — 5047 Wesseling
Tel.: 02236/707-1

TERMINE

7. 9. **MIT Bund**
Vorstand, Bonn
7. 9. **LV Saar**
Geschäftsf. Landesvorstand,
Saarbrücken
7. 9. **LV Rheinland-Pfalz**
Klausurtagung Vorstand, Wittlich
8. 9. **LV Saar**
Konstit. Sitzung LFA Finanzen/
Steuern, Saarbrücken
9. 9. **CDU Nordrhein-Westfalen**
Kreisgeschäftsführerkonferenz,
Bonn, KAH
9. 9. **KPV Nordrhein-Westfalen**
Sitzung FA „Europa“, Recklinghausen
10. 9. **Junge Union Nordrhein-Westfalen**
Landesvorstand, Essen
11. 9. **Junge Union Nordrhein-Westfalen**
Treffen der neugewählten Kreisvorsitzenden, Düsseldorf
11. 9. **LV Hessen**
Landesvorstand, Wiesbaden
11. 9. **LV Berlin**
Vorstand mit MdB und Landesauschuß, Berlin
- 11./12. 9. **CDA Bund**
Vorstand Betriebsgruppen, Königswinter
- 11./12. 9. **CDA Baden-Württemberg**
Landestagung der AG christlich-demokratischer Gewerkschafter in der DAG, Gärtringen
- 11./13. 9. **CDA Bund**
Bundestagung der JA, Königswinter

Erschreckende jugendpolitische Vorschläge der Grünen

Es ist noch nicht lange her, daß die Bevölkerung durch die unglaublichen Forderungen der Grünen, daß „sexuelle Beziehungen zwischen Kindern und Erwachsenen straffrei sein müssen“, aufgeschreckt wurde. Um so betroffener werden die Bürger nun reagieren, wenn sie von den Inhalten einer neuen „Broschüre zur Jugendpolitik“ erfahren, die die Grünen in Bonn vorgestellt haben. Wenn dort beispielsweise die „freie Wahl des Umgangs und die individuelle Lebensgestaltung und der eigene Umgang mit der Sexualität“ als elementare Rechte für Kinder und Jugendliche gefordert wird, bedeutet dies im Klartext: Abbau des Jugendschutzes, weg mit der Pädagogik, die Grenzziehungen mit einschließt, aber auch: Freie Bahn für Verführer.

Die CDU hält den Abbau des Jugendschutzes für inhuman, weil ohne Jugendschutz junge Menschen sämtlichen Verführungen und Repressalien schutzlos ausgeliefert sind und ihnen damit die Grundlage für das Hineinwachsen in eine eigenverantwortliche Lebensgestaltung genommen wird.

Eine Partei, die glaubt, jegliche anerkannten Erziehungsziele ad absurdum führen zu müssen, indem überall nur Zwangsverhältnisse und Repression unterstellt werden, wird selbst von jungen Menschen langfristig nicht mehr ernstgenommen werden. Es bleibt zu wünschen, daß sich möglichst viele Pädagogen und Erziehungswissenschaftler das Elaborat der Grünen, das sich harmlos „Broschüre zur Jugendpolitik“ nennt, genauer anschauen. Dieses Elaborat kann nur eine Antwort erhalten: Entschiedene Distanzierung und ein klares Nein.

(Anton Pfeifer, Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit)

Salzgitter: SPD-Länder wollen nicht mehr zahlen

Der niedersächsische Justizminister Walter Remmers hat mitgeteilt, daß alle vier von der SPD regierten Bundesländer — Saarland, Hamburg, Bremen und Nordrhein-Westfalen — ihre Zahlungen für die Zentrale Erfassungsstelle in Salzgitter eingestellt haben. Dazu erklärte Remmers, Niedersachsen halte an der Erfassungsstelle fest. Auch habe noch kein von der CDU/CSU regiertes Land seine Beteiligung an den Kosten aufgesagt, die zur Zeit bei jährlich 250 000 Mark liegen. Remmers wies darauf hin, daß alle Bundesländer nach dem Bau der Mauer 1961 beschlossen hatten, die Erfassungsstelle einzurichten, um Gewaltakte in der DDR zu erfassen.

Wie die Grünen unsere Kinder mißbrauchen wollen

Jetzt ist Schluß! Unsere Kinder sind kein Freiwild für rot-grüne Experimente.

Aus den Forderungen der Grünen in ihrer Broschüre zur Jugendpolitik geht eindeutig hervor, daß sie unsere Kinder für ihre politischen Ziele mißbrauchen wollen.

X Hetze gegen die Eltern!

„Man/frau darf nicht so punkig, flippig sein, wie man/frau es gerade möchte, sondern soll unauffällig und vor allem nicht 'aufsässig' sein“, „Jugendliche sollen sich aussuchen können, wo, wie und mit wem sie wohnen wollen ...“

X Freier Sex!

„Kindern und Jugendlichen wird vorenthalten, was Liebe und miteinander schlafen heißt.“ Abweichende Formen der Sexualität sollen nicht länger „diskriminiert“ werden. „Lesbische und schwule Emanzipationsgruppen müssen gefördert werden.“

X Chaos an den Schulen!

„Wir können uns durchaus eine Gesellschaft vorstellen, in der auch die Schulpflicht überflüssig wird“; „Streikrecht für Schüler/-innen“; „Gesamtschule“.

**Auch daran wird deutlich:
Diese Grünen machen unser Land kaputt!**

CDU

Die
Zukunft

UNION BETRIEBS GMBH
POSTFACH 2449
5300 BONN 1

„Polizei entwaffnen – Streikrecht für Schüler“

Kernsätze aus der Wahlplattform der schleswig-holsteinischen Grünen

Die Grünen haben ihre Wahlplattform für die Landtagswahl am 13. September in Schleswig-Holstein vorgestellt: auf 69 Seiten unter dem Titel „Mut zum politischen Frühling“. Hier einige Kernsätze:

Zur Sicherheitspolitik:

- „Wir fordern die Auflösung der 1 000 Mann starken Bereitschaftspolizei.“
- „Wir fordern die Einführung des waffenlosen Dienstes durch Entwaffnung der Polizeibeamten während des normalen, alltäglichen Einsatzes.“

Zur Kernenergie:

- „In Schleswig-Holstein wollen die Grünen den Sofortausstieg . . . Kein Konflikt mit der Bundesregierung, den AKW-Betreibern und der Justiz darf gescheut werden . . .“

Zur Familienpolitik:

- „Lesbische Lebensgemeinschaften müssen vor Diskriminierungen geschützt werden.“

Zur Bildungspolitik:

- „Wir akzeptieren nicht, daß im Mittelpunkt des Lernens Noten und Abschlüsse stehen.“
- „Zur politischen Freiheit an Schulen gehört das Streikrecht für Schüler- und Lehrerschaft.“

Zur Jugendkriminalität:

- „Längerfristig gilt es, den Jugendknast ganz abzuschaffen.“

Zur Ausländerpolitik:

- „Wir fordern das Niederlassungsrecht und das Wahlrecht für Ausländer/innen.“

Zur Sexualpolitik:

- „Wir fordern im Unterricht, speziell im Sexualkundeunterricht, eine Darstellung homosexueller Lebensformen als gleichwertig.“
- „Alle wegen ihrer sexuellen Orientierung in ihren Heimatländern Verfolgten müssen als asylberechtigt anerkannt werden.“

UID

25/87

UNION IN DEUTSCHLAND — Informationsdienst der
Christlich Demokratischen Union Deutschlands.
Für den Inhalt verantwortlich: Axel König, Redaktion:
Rolf Streubel, Konrad-Adenauer-Haus, 5300 Bonn,
Telefon (02 28) 54 41, Btx-Nr. * 544 11 # Verlag:
Union Betriebs GmbH, Friedrich-Ebert-Allee 73-75,
5300 Bonn, Telefon (02 28) 23 40 91. Vertrieb: Telefon
(02 28) 5 44-3 04. Verlagsleitung: Dr. Uwe Lütjke,
Bankverbindung: Sparkasse Bonn, Konto Nr.
7 504 152 (BLZ 380 500 00), Postgirokonto Köln Nr.
2214 31-502 (BLZ 370 100 50). Abonnementspreis
jährlich 48,— DM. Einzelpreis 1,20 DM. Druck: VVA-
Druck, Düsseldorf.